

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Von der Weimarer Republik bis zum Ende des 2. Weltkrieges

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





Weltwirtschaftskrise und das Ende der Weimarer Republik

Weltwirtschaftskrise

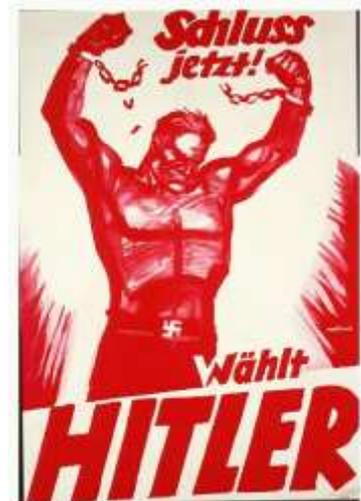
Die **Umstellung der Wirtschaft** auf Friedensproduktion nach dem Krieg und der unmittelbar folgende Wirtschaftsaufschwung in den 1920er Jahren in den USA begünstigten die Entwicklung eines neuen Lebensgefühls, dessen wichtigste Werte Wohlstand, Konsum und Vergnügen waren.

Gleichzeitig versuchten immer mehr Menschen durch **Spekulation am Aktienmarkt** zu Wohlstand zu kommen oder den Wohlstand zu mehren. Es bestand ein **Überangebot**, für das es **keine Nachfrage** mehr gab. Als Folge mussten viele Betriebe Arbeiter entlassen und das **Vertrauen** in das scheinbar unendliche Wirtschaftswachstum wurde ernsthaft **erschüttert**. Die Aktienkurse vieler Firmen begannen zu sinken und viele Anleger wollten ihr Vermögen retten, indem sie ihre Aktien verkauften. Diese **Massenverkäufe** führten zu einem immer weiteren und schnelleren **Absinken der Aktienkurse**, bis am **25. Oktober 1929**, bis heute als **Schwarzer Freitag** bekannt, die Börse in New York vollkommen zusammenbrach.

Die Krise der Parteien

Die Wirtschaftskrise traf nicht nur die Arbeitslosen, sondern **beinahe jeden Menschen** in Deutschland. Damit musste die Krise auch Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Menschen haben. 1928 kam es im Mai zur Bildung einer **großen Koalition** aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP.

Zu neuen Koalitionsverhandlungen kam es nicht. Stattdessen wurde der **Zentrumspolitiker Heinrich Brüning** (1885-1970) nur drei Tage nach dem Rücktritt des Kabinetts Hermann Müller durch Reichspräsident Hindenburg zum **Reichskanzler** ernannt.



Wahlplakat NSDAP 1932

<http://www.hdg.de/>, 15.06.2020

Das Ende der Weimarer Republik

Der mittlerweile 85-jährige Hindenburg war im Lauf der Zeit bei seinen Entscheidungen in eine immer stärkere **Abhängigkeit von seinen Beratern** geraten. Am 30. Mai 1932 trat die Regierung Brüning zurück.

Die Berater hatten Hindenburg bereits von der Notwendigkeit einer **neuen Koalitionsregierung unter einem Reichskanzler Adolf Hitler** überzeugt.



Aufgabe: Überlege mit deinem Nachbarn, warum die Wirtschaftskrise auch Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Menschen hatte.

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=aXP0kNjaWjI>, 15.06.2020



Weltwirtschaftskrise und das Ende der Weimarer Republik

Weltwirtschaftskrise

Die Umstellung der Wirtschaft auf Friedensproduktion nach dem Krieg und der unmittelbar folgende Wirtschaftsaufschwung in den 1920er Jahren in den USA begünstigten die Entwicklung eines neuen Lebensgefühls, dessen wichtigste Werte Wohlstand, Konsum und Vergnügen waren. Technische Neuerungen, vor allem die Einführung der Fließbandproduktion durch den Automobilindustriellen Henry Ford, machten die billige Massenproduktion von bis dahin für viele unerschwinglichen Gütern möglich. Automobile, Kühlschränke, Radios etc. konnte sich nun ein Großteil der Bevölkerung leisten. Zusätzlich war es nun möglich, Einkäufe auch in Raten abbezahlen, was das Konsumverhalten der Menschen maßgeblich beeinflusste.

Gleichzeitig versuchten immer mehr Menschen durch Spekulation am Aktienmarkt zu Wohlstand zu kommen oder den Wohlstand zu mehren. Das Vertrauen in das unablässige Wachstum der Wirtschaft war derart groß, dass man sogar Aktien auf Kredit erwerben konnte.

1928 schon war der Finanz- und Konsummarkt so gesättigt, dass viele Produkte keine Abnehmer mehr fanden. Es bestand ein Überangebot, für das es keine Nachfrage mehr gab. Als Folge mussten viele Betriebe Arbeiter entlassen und das Vertrauen in das scheinbar unendliche Wirtschaftswachstum wurde ernsthaft erschüttert. Die Aktienkurse vieler Firmen begannen zu sinken und viele Anleger wollten ihr Vermögen retten, indem sie ihre Aktien verkauften. Diese Massenverkäufe führten zu einem immer weiteren und schnelleren Absinken der Aktienkurse, bis am 25. Oktober 1929, bis heute als *Schwarzer Freitag* bekannt, die Börse in New York vollkommen zusammenbrach. Durch den Zusammenbruch wurden auch etwa 10.000 Banken zahlungsunfähig. Das Geld vieler Sparer war damit verloren.

Hinzu kam, dass durch die Wirtschaftskrise viele Menschen arbeitslos geworden waren. Da es in den USA zu diesem Zeitpunkt noch keine Arbeitslosenversicherung gab, begann für viele Familien der Abstieg in die Armut.



Nach dem Zusammenbruch der Börse sammeln sich Menschen in der Wall Street

<http://en.wikipedia.org/>, 15.06.2020



Entwicklung der Aktienkurse 1929 in den USA

[http://img.over-blog.com/\(07.02.10\)](http://img.over-blog.com/(07.02.10)) Am 15.06.2020 war der Link nicht zugänglich.

Die Krise in den USA griff rasch auf ganz Europa über, denn in der Not forderten viele amerikanische Banken die gewährten Kredite zurück. Produktion, Beschäftigung, Löhne und Preise gingen in ganz Europa zurück. Auch Deutschland, dessen wirtschaftlicher Aufschwung hauptsächlich auf die Kredite aus den USA zurückzuführen war, war davon erheblich betroffen. Die USA fielen nun weitgehend als Abnehmer für deutsche Exporte aus. Gleichzeitig mussten deutsche Firmen die gewährten Kredite zurückzahlen. Als Folge aus dieser Entwicklung mussten viele deutsche Unternehmen die Kosten senken und die Produktion drosseln sowie Arbeiter entlassen. Auch Firmenzusammenbrüche wurden zur Regel. Es entstand ein Kreislauf aus sich verringender Kaufkraft, zurückgehender Nachfrage, sinkender Produktion und weiteren Entlassungen. Waren 1929 noch 1,89 Millionen (9,6 Prozent) Menschen in Deutschland ohne Arbeit, waren es 1930 bereits 3,07 Millionen (15,7 Prozent) und 1932 5,57 Millionen (30,8 Prozent).



Speisesaal in einem Obdachlosenasyll
<http://de.wikipedia.org/>, 15.06.2020

Die Krise der Parteien

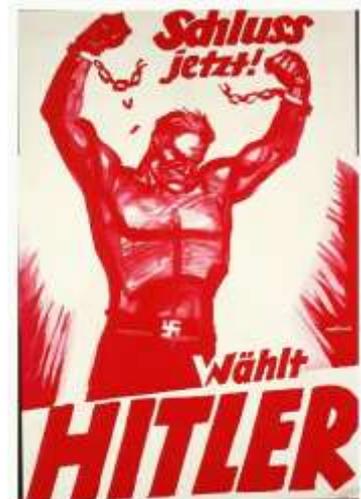


Wahlplakat der KPD 1932
<http://www.bpb.de/>, 15.06.2020

Die Wirtschaftskrise traf nicht nur die Arbeitslosen, sondern beinahe jeden Menschen in Deutschland. Damit musste die Krise auch Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Menschen haben.

1928 kam es im Mai zur Bildung einer großen Koalition aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP. Reichskanzler wurde der SPD-Politiker Hermann Müller. Das gemeinsame Regieren erwies sich als mühsam, da es zwischen den einzelnen Parteien zahlreiche grundlegende Interessenkonflikte gab. In Anbetracht der Wirtschaftskrise, die das Land immer mehr erfasste, musste die Regierung jedoch handlungsfähig sein. Nur eine handlungsfähige Regierung konnte die wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen und gleichzeitig den Zulauf der Wähler zu den radikalen Parteien, die allesamt Gegner der Demokratie waren, verhindern.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit überstieg bei Weitem die finanziellen Möglichkeiten der Arbeitslosenversicherung. Zur Lösung dieses Problems schlug die DVP, hinter der die Unternehmerverbände standen, eine Senkung der staatlichen Leistungen vor, was die SPD, die vor allem die Arbeiterinteressen vertrat, jedoch ablehnte. Die SPD wollte stattdessen eine Erhöhung der Beiträge um ein halbes Prozent. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten diese Erhöhung zu gleichen Teilen übernehmen. Dieser Vorschlag stieß ebenso auf Ablehnung wie ein Kompromissvorschlag der Zentrumspartei. Reichskanzler Müller blieb letztlich nichts anderes übrig, als am 27. März 1930 den Rücktritt des Kabinetts zu beschließen. Damit war die große Koalition zerbrochen.



Wahlplakat NSDAP 1932
<http://www.hdg.de/>, 15.06.2020

Die Regierung Brüning

Zu neuen Koalitionsverhandlungen kam es nicht. Stattdessen wurde der Zentrums Politiker Heinrich Brüning (1885-1970) nur drei Tage nach dem Rücktritt des Kabinetts Müller durch Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.

Brüning bildete eine Koalition aus Zentrum, BVP, DDP und DVP. Die SPD, die im Reichstag die meisten Abgeordneten stellte, war an der Regierung nicht mehr beteiligt. Möglicherweise war die Entfernung der SPD aus der Regierung vom Reichspräsidenten und seinen Beratern geplant gewesen. In der Regierung selbst wurden nur die drei SPD-Minister ersetzt. Alle anderen Minister behielten ihre Posten. Die neue Regierung besaß im Parlament keine Mehrheit. Nur 30 Prozent der Abgeordneten gehörten den Koalitionsparteien an. Um trotzdem regieren zu können, musste sich die Regierung Brüning die notwendigen Mehrheiten beschaffen. Auf der Suche nach Mehrheiten im Reichstag versuchte Brüning, die NSDAP in seine Politik einzubinden. So kam es am 6. Oktober 1930 zu einer Unterredung Brünings mit Hitler über die innen- und außenpolitischen Themen.



Heinrich Brüning

<http://de.wikipedia.org/>, 15.06.2020

Präsidentalregierung als Ausweg



Hindenburg als Reichspräsident

<http://www.dhm.de/>, 15.06.2020

Ohne erforderliche Mehrheit im Reichstag wurden im Sommer 1930 die ersten Gesetzesvorlagen der Regierung abgelehnt. Doch mit der Unterstützung des Reichspräsidenten, der sich auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung berief, wurden sie in Form einer *Notverordnung* durchgesetzt. Die Umwandlung eines vom Reichstag abgelehnten Gesetzentwurfs in eine Notverordnung war eindeutig verfassungswidrig. Auch die SPD vertrat im Reichstag den Standpunkt, dass diese Vorgehensweise rechtlich unzulässig sei. Die Mehrheit der Abgeordneten unterstützte diese Sichtweise. Daraufhin löste der Reichspräsident das Parlament auf. In Artikel 25 der Weimarer Verfassung hatte man die Zeitspanne bis zur Abhaltung von Neuwahlen auf höchstens 60 Tage festgelegt. In diesem Zeitraum konnte Brüning, gestützt auf den Artikel 48, ohne Zustimmung des Reichstags mit Notverordnungen regieren. Die neue Regierung wollte notfalls ohne und gegen das Parlament arbeiten und dabei die Machtmittel des Reichspräsidenten in Anspruch nehmen. Um dagegen vorzugehen, fehlten im Reichstag die Mehrheiten.

Die SPD befand sich nun in einer schwierigen Situation. Entweder man beharrte auf dem Rechtsstandpunkt, riskierte so immer wieder Auflösungen des Reichstages mit Neuwahlen und sorgte so für un stabile politische Verhältnisse, oder man duldet die Notverordnungspraxis, um eine weitere Verschlechterung der innenpolitischen Lage und einen weiteren Stimmenzuwachs der KPD und vor allem der NSDAP zu verhindern. Letztlich entschied sich die Partei für die Duldung der Notverordnungspraxis als kleineres Übel. Als Folge der Entscheidung verlor die SPD immer mehr Wähler, da man sie für die unsoziale Politik des Reichskanzlers mitverantwortlich machte, und der Reichstag wurde als Zentrum der Gesetzgebung zunehmend bedeutungslos.

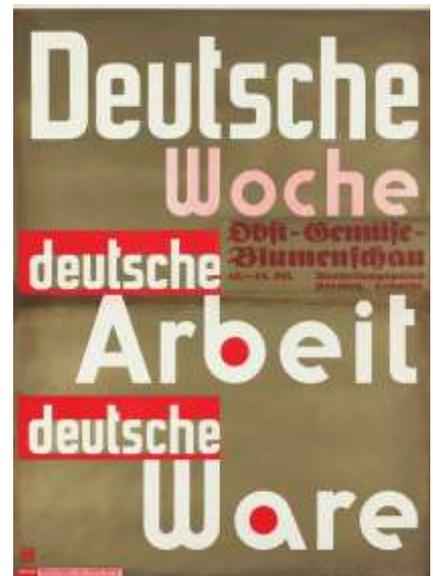
Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning

Für die Regierung Brünings musste die Überwindung der Wirtschaftskrise die wichtigste Aufgabe sein. In Anbetracht der Erfahrungen mit der Inflation des Jahres 1923 wollte der Reichskanzler eine erneute Entwertung des Geldes unter allen Umständen verhindern. Um dies zu erreichen, schlug man einen resoluten Sparkurs ein (*Deflationspolitik*): Die Steuern wurden angehoben, die Staatsausgaben reduziert. Staatliche Sozialausgaben, zu denen auch die Arbeitslosenunterstützung zählte, wurden eingeschränkt, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst gekürzt. Letztlich waren es vor allem Arbeitslose und Arbeitnehmer, die die Folgen dieser Politik tragen mussten.

Um sich im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Staaten einen Vorteil zu verschaffen, wurde zudem versucht, die deutsche Wirtschaft gezielt zu stärken.

Mit dieser Deflationspolitik, dem Versuch durch eine Verminderung des Geldumlaufs den Geldwert zu steigern und damit die Preise zu senken, wollte Brüning der Weltöffentlichkeit vor allem zeigen, dass sich Deutschland um eine Erfüllung der Bedingungen des Young-Plans bemühte, letztlich jedoch nicht dazu in der Lage war. Brüning war dazu entschlossen, die Wirtschaftskrise dazu zu nutzen, das Problem der Reparationszahlungen für Deutschland endgültig zu beseitigen. Auf die Möglichkeit, drängenden Finanzierungsproblemen im Staatshaushalt durch Kredite im Ausland zu begegnen, verzichtete Brüning, da er eine Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland fürchtete, die den zukünftigen Handlungsspielraum einengen würde.

In Anbetracht der deutschen Finanzkrise im Jahr 1931 machte der amerikanische Präsident Herbert Hoover den Vorschlag, die deutschen Reparationszahlungen und die Rückzahlung der alliierten Kriegsanleihen für ein Jahr auszusetzen. 1932 beschloss man dann auf der Konferenz von Lausanne die endgültige Streichung der deutschen Reparationen und der alliierten Kriegsschulden.



Werbeplakat zur Deutschen
Woche

<http://www.plakatkontor.de/>, 15.06.2020

Innenpolitische Radikalisierung



Herbert C. Hoover

<http://de.wikipedia.org/>, 15.06.2020

Die anhaltende Wirtschafts- und Sozialkrise und die zunehmende Verelendung und Verarmung von Millionen Familien in Deutschland nutzten rechts und links stehende Feinde der Republik, um die verhasste Demokratie weiter zu bekämpfen. Immer mehr verlagerten sie politische Auseinandersetzungen auf die Straße und forderten so den Staat heraus. Politische Gewalt wurde zu einer alltäglichen Erscheinung.

Am 11. Oktober 1931 kamen in Bad Harzburg Delegierte der nationalistischen Parteien NSDAP und DNVP sowie anderer rechtsgerichteter Gruppierungen zu einer Tagung zusammen, um Stärke und Geschlossenheit zu demonstrieren. Dort schlossen sie sich zur sogenannten *Harzburger Front* zusammen. Ihr gemeinsames Ziel war es, die Politik der Regierung mit allen Mitteln zu bekämpfen und gegen die Wehrverbände der Linken radikal vorzugehen. Doch das Bündnis der Rechten war nicht von Dauer. Über die Suche nach einem Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten 1932 zerstritt man sich.

Bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 konnte sich Hindenburg erneut durchsetzen. Da sie ihn als kleineres Übel betrachteten – seine Gegenkandidaten waren neben anderen Adolf Hitler und der Kommunist Ernst Thälmann (1886-1944) –, hatten Sozialdemokraten und Katholiken mit der Parole *Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!* zu seiner Unterstützung aufgerufen.



Treffen des Roten Frontkämpferbundes
<http://de.wikipedia.org/>, 15.06.2020

Besonders in der Endphase der Weimarer Republik führte die NSDAP die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner durch blutig verlaufende Straßenkrawalle und Saalschlachten. Auch zu diesem Zweck hatte die Partei zwei Organisationen gegründet: die SA (Sturmabteilung) und als untergeordnete Gruppe die SS (Schutzstaffel), die Hitler direkt unterstellt war und als seine Leibwache diente. Auf den Straßen standen ihnen Angehörige des *Roten Frontkämpferbundes* (KPD) oder des *Reichsbanners Schwarz Rot Gold* (SPD) gegenüber.

Das Ende der Weimarer Republik

Der mittlerweile 85-jährige Hindenburg war im Lauf der Zeit bei seinen Entscheidungen in eine immer stärkere Abhängigkeit von seinen Beratern geraten. Brünings radikaler Sparkurs, Pläne, die ostelbischen Großgrundbesitzer finanziell zu unterstützen, aber vor allem das Verbot von SA und SS führten letztlich dazu, dass Hindenburg der Regierung Brüning das Vertrauen entzog. Am 30. Mai 1932 trat die Regierung Brüning zurück. Für viele Historiker gilt die Entlassung der Regierung Brüning bereits als das Ende der Weimarer Republik.

Zum Nachfolger Brünings ernannte man den ehemaligen Zentrumsabgeordneten Franz von Papen, dessen Regierung man als *Kabinett der Barone* bezeichnete, da es aus sieben adligen und nur drei bürgerlichen Ministern bestand. Auch von Papen besaß keine Mehrheit im Reichstag. Zudem beendete die SPD ihre Tolerierungspolitik. Gleichzeitig nahm der politische Terror nach der von von Papen in Absprache mit Hitler erlassenen Aufhebung des SA- und SS-Verbots wieder deutlich zu. Blutige Auseinandersetzungen waren die Folge. Noch im Dezember 1932 wurde von Papen durch den General von Schleicher (1882-1934) abgelöst. Doch auch dieser konnte sich nur 57 Tage im Amt halten. Die Berater hatten Hindenburg bereits von der Notwendigkeit einer neuen Koalitionsregierung unter einem Reichskanzler Adolf Hitler überzeugt.



Der deutsche Staatsbaum
<http://www.simplicissimus.info/>, 15.06.2020



Weltwirtschaftskrise und das Ende der Weimarer Republik

Aufgabe 1

Versucht, Ursachen und Folgen der Weltwirtschaftskrise zusammenzufassen.

Aufgabe 2

Q1 Bericht einer Schweizer Zeitung einen Monat nach dem Zusammenbruch der Börse in den USA:

„Amerikanische Banken ziehen Kredite aus Europa ab. Bestellungen von Schweizer Uhren, von Diamanten aus Amsterdam, von Wein aus Frankreich und Fabrikarüstungen aus Deutschland werden zurückgezogen. In den Häfen der amerikanischen Ostküste lagern Waren, die aus Europa kommen und von den Empfängern nicht bezahlt werden können (...).“

Zürcher Zeitung, November 1929

Erklärt, wie das im Text Beschriebene mit dem Zusammenbruch der Börse zusammenhängt.

Aufgabe 3

Q2 Aussage eines jungen Arbeitslosen zu seiner Lage:

„Der Hunger ist noch lange nicht das Schlimmste. Aber seine Arbeit verlernen, bummeln müssen und nicht wissen, ob man jemals wieder in seine Arbeit kommt, das macht kaputt. Man ist rumgelaufen nach Arbeit, Tag für Tag. Man ist schon bekannt bei den einzelnen Fabriken, und wenn man dann immer das eine hört: Nichts zu machen – da wird man abgestumpft. Ich hasse diesen Staat, und ich habe als Arbeitsloser das Recht und die Pflicht, den deutschen Besitzenden zu hassen (...).“

Der Tag, 22.09.1932

Beschreibt in eigenen Worten die Lage des Mannes. Erläutert auch, warum der Mann den Staat hasst.

Aufgabe 4

Q3 Abgeordnetenanzahl der großen Parteien im Reichstag nach Wahlen:

	Mai 1924	1928	1930	Jul. 1932	Nov. 1932
KPD	62	54	77	89	100
SPD	100	153	143	133	121
Zentrum u. a.	183	199	209	119	115
DNVP	95	73	41	37	52
NSDAP	32	12	107	230	196
Gesamtzahl	472	491	577	608	584

Beschreibt anhand der Tabelle die Entwicklung der einzelnen Parteien. Überlegt, welche Möglichkeiten zu einer Koalition sich ergeben und welche sich ausschließen.

Aufgabe 5

Q4 Aus einem Kommentar der Frankfurter Zeitung zur Reichstagswahl 1930:

„Erbitterungswahlen also, in denen eine aus vielen Quellen gespeiste Stimmung, durch eine wilde Verhetzung aufgewühlt, sich in radikalen Stimmzetteln entlud. Kein positiver Wille, auch nicht der zu einem wirklichen Umsturz des heutigen Staates, nicht einmal der zu dem gewaltsamen Versuch eines Umsturzes unserer heutigen außenpolitischen Grundlagen, steht hinter einem großen Teil dieser radikal-negierenden Stimmen. Ein solcher Umsturzwillen ist, wir dürfen uns wahrhaftig nicht in

Illusionen wiegen, bei einem Teil sicherlich vorhanden. Der andere Teil hat lediglich Protest gewollt (...).“

Ernst Deuerlein, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968, S. 318.

Benennt die verschiedenen Motive, die der Verfasser des Textes für die Wahl radikaler Parteien sieht. Worauf spielt der letzte Satz des Textes an?

Aufgabe 6

Überlegt, warum der Reichspräsident und seine Berater ein Interesse an der Verdrängung der SPD aus der Koalition gehabt haben könnten.

Aufgabe 7

Q5 Reichskanzler Brüning über die letzten Ziele seiner Innen- und Außenpolitik:

„Ich schätze die Zeit, die notwendig sei, um auf diese Weise den Ruf nach Streichung der Reparationen in der Welt zu wecken, auf etwa 12 bis 14 Monate. Das sei die erste Phase der Politik, für die eine schärfere außenpolitische Opposition seitens der NSDAP das zweckmäßigste wäre. Eine Verständigung im Einzelnen über die Formen der Opposition wäre natürlich eine Voraussetzung für ein späteres Zusammengehen. Ich hoffe, in der zweiten Phase zusammen mit der Rechten an die Verfassungsreform herangehen zu können, die nach meinen persönlichen Wünschen in einer monarchischen Restauration enden müsse (...).“

<http://www.digam.net/>, 15.06.2020

Nennt die außenpolitischen Ziele der Regierung Brüning. Welche Vorstellungen von einer Umgestaltung der Verfassung hat er? Erklärt seine Position gegenüber der NSDAP.

Aufgabe 8

Erklärt, warum die Regierung Brüning mit dem Mechanismus der Präsidialregierung gegen das Parlament arbeitete.

Aufgabe 9

Q6 Die SPD begründete die Duldung der Präsidialregierung am 18. Oktober 1930:

„Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind das Bollwerk gegen die Herrschaft des Faschismus in Deutschland. Die gesamte Arbeiterklasse muss den parlamentarischen Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Verbesserung der Wirtschaftslage, für die Ordnung der öffentlichen Finanzen, für die Erhaltung der Sozialgesetzgebung und für die Sicherung der politischen Freiheiten des Volkes mit allen verfügbaren Kräften unterstützen (...).“

Wolfgang Michalka/Gottfried Niedhart (Hg.), Deutsche Geschichte 1918-1933. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt a. M. 1992, S. 194.

Nennt die Gründe für die Duldung der Notverordnungen durch die SPD. Betrachtet nochmals die Tabelle (Q3). Warum wollte die SPD eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen verhindern?



Q7 Werbeplakat zur Deutschen Woche

<http://www.plakatkontor.de/>, 15.06.2020

Aufgabe 10

Erklärt, welchen Zweck man mit dem Werbeplakat (Q7) verfolgte.

Aufgabe 11

Erläutert, warum es dem Staat notwendig erschien, dass mehr inländische Produkte gekauft werden.

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Von der Weimarer Republik bis zum Ende des 2. Weltkrieges

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

